

/// Steuert der Krieg in Syrien seinem Ende zu?

SIEBEN JAHRE KRIEG: BILANZ UND KONTUREN EINER NACHKRIEGSORDNUNG

MARTIN PABST /// Nach sieben Jahren scheint der Krieg in Syrien auf ein Ende zuzusteuern. Mit russischer und iranischer Unterstützung haben die Regierungskräfte die Rebellen massiv zurückgedrängt. Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ ist weitgehend niedergeschlagen. Doch könnte der Konflikt nun zum offenen Krieg zwischen den involvierten auswärtigen Mächten eskalieren. Es öffnet sich aber auch ein Fenster für einen Interessenausgleich. Von Schutzmächten garantierte Einflusszonen könnten für eine Übergangszeit die kriegerischen Auseinandersetzungen einfrieren und die Grundlage für innersyrische Friedensgespräche schaffen.

Wie es begann ...

Mitte 2011 wurde aus einer bis dahin überwiegend friedlichen Opposition ein bewaffneter Aufstand. Wesentliche Verantwortung hierfür trägt die syrische Regierung, die massive Gewalt gegen Demonstranten einsetzte. Doch wurde die Opposition auch von ausländischen Staaten dazu ermuntert, mit Waffengewalt einen Regimewechsel herbeizuführen. Diese Entscheidung aber war fatal, denn dadurch verlor die Opposition ihre „demokratische Unschuld“ und wurde zur Bürgerkriegspartei. Schon bald kämpften Rebellen mit ähnlich rücksichtslosen Me-

thoden wie die Regierungskräfte. Vergeblich hatten nicht wenige Aktivisten der „Lokalen Koordinationskomitees“ vor diesem Schritt gewarnt. Sie setzten und setzen weiter auf gewaltlose Opposition.

Ab Mitte 2011 wurde aus
friedlichem Protest eine **BEWAFFNETE**
Rebellion.

Auswärtige Akteure lieferten großzügig Waffen und Munition. Die USA, Frankreich und Großbritannien hielten sich im Hintergrund und räumten ihren Partnern in der Region (Katar, Saudi-Arabien, Türkei) eine Führungsrolle ein, und zunehmend gerieten die syrischen Aufständischen in Abhängigkeit von ihren Unterstützern. Wer sich deren Vorgaben nicht unterordnete, wurde fallengelassen.

Eine Demokratisierung Syriens stand nicht unbedingt auf der Agenda der Regionalmächte. Die Türkei suchte die syrische Muslimbruderschaft als ihren Juniorpartner an die Macht zu bringen. Die absoluten Monarchien Katar und Saudi-Arabien waren ohnehin wenig an Demokratisierung interessiert, sondern wollten Staatspräsident Baschar al-Assad stürzen und eine Iran-feindliche sunnitische Regierung in Damaskus etablieren. In beiden Golfmonarchien ist der wahabistische Islam Staatsreligion, und es verwundert daher nicht, dass diese eng mit salafistischen, nichtdemokratischen Rebellenorganisationen wie Ahrar al-Sham oder Dschaisch al-Islam zusammenarbeiteten. Die demokratischen und gemäßigten Rebellen gerieten dadurch jedenfalls ins Hintertreffen. Zunehmend strömten nun auch kampferprobte, gut bewaffnete Dschihadisten aus dem Ausland nach Syrien. Katar, Saudi-Arabien und die Türkei tolerierten dies, solange es dem Kampf gegen Assad nutzte. Fallweise arbeitete man sogar mit extremistischen Gruppierungen wie der zu al-Qaida gehörenden al-Nusra-Front zusammen.

Westliche Akteure verloren bald die Kontrolle über die Unterstützungsnetzwerke. Selbst leisteten sie nur in eingeschränktem Umfang Militärhilfe, hielten Panzerabwehrlenk Waffen lange zurück und verweigerten grundsätzlich Boden-

Luft-Raketen. Ab 2014 versuchte man, zuverlässige und loyale Rebellenverbände im Ausland neu aufzustellen, doch dieser Ansatz scheiterte. Schließlich beendeten die USA und Großbritannien im Juli bzw. September 2017 die Ausbildung und Unterstützung syrischer Rebellen.

Der Westen überließ die Einflussnahme und Unterstützung anfangs überwiegend den BEFREUNDETEN Regionalmächten.

Falsche Signale aus Libyen

Die Geschehnisse in Libyen hatten überzogene Erwartungen bei syrischen Demonstranten geweckt. Dort hatten westliche Mächte auf der Grundlage einer von China und Russland mittels Enthaltung tolerierten Sicherheitsratsresolution zum Schutz der Zivilbevölkerung eingegriffen. Die NATO-Operation interpretierte das Mandat sehr weitgehend und agierte als „Luftwaffe der Rebellen“ beim Sturz der Regierung. Doch Libyen taugte nicht als Vorbild. Im Unterschied zu Syrien ist das Land strategisch vergleichsweise unbedeutend, und Gaddafi konnte auf keine einflussreichen Unterstützer zählen. China und Russland waren über die Instrumentalisierung eines humanitären Mandats für einen Regimewechsel erbost und machten deutlich, in Syrien kein „zweites Libyen“ zuzulassen. Militärisch durchgesetzte Flugverbots- oder Schutzzonen hatten daher von Anfang an keine Aussicht auf Billigung im Sicherheitsrat.

Hinzu kam, dass der Sturz Gaddafis in Libyen ein Machtvakuum erzeugte, in dem sich rivalisierende Milizen bis heute bekämpfen. Dies führte dazu, dass USA, Frankreich und Großbritannien Assad zwar zu schwächen suchten, vor dessen gewaltsamem Sturz aber zurückscheuten. Den Rebellen gestanden sie daher nur begrenzte militärische Unterstützung zu.

Erfolgreiches Kalkül der Regierung

Die syrische Regierung setzte auf die militärische Konfrontation. Sie hatte den Vorteil einer einheitlichen Armee und einheitlicher Kommandostrukturen. Die oppositionelle „Freie Syrische Armee“ (FSA) hingegen blieb weitgehend Wunschdenken. Es kämpften hunderte Rebellengruppen mit lokaler Verwurzelung und ohne gemeinsames Oberkommando. Diese konnten nie mehr als ein Drittel der Syrer hinter sich bringen. Unentschiedene Syrer waren nicht für einen Aufstand zu gewinnen, dessen Führer nicht bekannt waren und der zunehmend vom Ausland instrumentalisiert wurde.

Geschickt betrieb der aus der religiösen Minderheitsgruppe der Alawiten stammende Regierungsclan eine Polarisierung entlang konfessioneller Linien. Man offerierte den religiösen Minderheiten Schutz und erzeugte Furcht vor radikalislamistischem Terror, mit dem man alle Rebellen summarisch identifizierte. Es sollte nicht lange dauern, bis die Prophezeiung wahr wurde. Je länger der Krieg andauerte, desto stärker traten radikalsunnitische Rebellen in den Vordergrund und polarisierten ihrerseits mit konfessioneller Hetze. Damit wurden Gräben errichtet, die wohl erst durch langwierige Versöhnungsbemühungen wieder überwunden werden können.

Die syrische REGIERUNG hatte auf lange Sicht militärisch und strategisch die Oberhand.

Die syrische Regierung erhielt erhebliche politische, militärische und finanzielle Unterstützung aus dem Iran und Russland. Für Teheran ist die Landbrücke über Syrien in den Libanon von erstrangiger strategischer Bedeutung. Sie dient der Unterstützung iranischer Stellvertreter im Libanon (Hisbollah) und in Palästina (Islamischer Dschihad, Hamas). 2012 entschied sich der Iran somit für einen umfassenden Beistand. Seine Aktivitäten waren von Landeskenntnis und sorgsamer Planung geprägt, während die Unterstützung für die Rebellen wenig informiert, mangelhaft koordiniert, nicht selten sprunghaft und von unterschiedlichen Zielvorgaben bestimmt war.

2015 gelang es der militärisch unter Druck geratenen syrischen Regierung, Russland zu einer Militärintervention zu bewegen. Für Moskau eröffnete sich damit die Chance, seinen bestehenden Einfluss im Nahen Osten (Marinebasis Tartus in Syrien) zu erweitern sowie dschiha-distische Kämpfer, die zum Teil aus Russland eingesickert waren, außerhalb seines Staatsgebiets zu bekämpfen. Die russische Intervention sollte außerdem demonstrieren, dass Moskau von außen betriebenen Regimewechsel nicht duldet.

Wegmarken des Konflikts

International kaum wahrgenommen wurde im Sommer 2012 das „Stillhalteabkommen“ der Regierung mit den

PKK-nahen Kurden.¹ Das Erscheinen einer dritten Konfliktpartei trug dazu bei, eine Konfliktlösung zu erschweren. Die Position der Rebellen wurde dadurch in mehrfacher Hinsicht geschwächt. Einerseits schieden kurdische Milizen als Verbündete aus, zweitens konnte die Regierung Armeeeinheiten vom Norden an andere Fronten verlegen, drittens änderten sich mittelfristig die Prioritäten der Türkei. Statt Assad zu stürzen, suchte sie ab 2015 ein autonomes oder gar unabhängiges kurdisches Staatsgebilde zu verhindern.

US-Präsident Barack Obamas Absage seines angekündigten Vergeltungsschlags für den Fall eines Chemiewaffeneinsatzes (10.9.2013) führte zu Enttäuschung unter den Rebellen und einem Zulauf zu Islamisten und Dschihadisten. Katar, Saudi-Arabien und die Türkei nahmen nun weniger Rücksicht auf westliche Interessen und scheuten nicht vor einer Unterstützung radikaler Gruppierungen zurück. Obama übte erneut Zurückhaltung, als er im September 2016 nicht auf die Bombardierung eines VN-Hilfskonvois durch russische und syrische Kampfflugzeuge reagierte. Sein Nachfolger Donald Trump setzte sich davon ab, indem er nach einem erneuten Chemiewaffeneinsatz im April 2017 einen Luftangriff gegen eine syrische Luftwaffenbasis befahl. Doch er griff nur zu einer sehr begrenzten, eher symbolischen Repressalie.

2014 verdrängte der im Irak entstandene „Islamische Staat“ (IS) alle anderen Rebellengruppen sowie die al-Qaida-treue al-Nusra-Front aus dem Osten. Damit kam eine vierte Kriegspartei hinzu, was die Lage weiter komplizierte. Obwohl der IS keinerlei Allianzen einging und alle Akteure attackierte, fügte er faktisch den Rebellen die größten

Verluste zu. Außerdem änderten sich nun die Prioritäten westlicher Staaten. Statt gegen Assad vorzugehen, stand die Bekämpfung des IS im Vordergrund.



Ab 2014 griff der „ISLAMISCHE STAAT“ als vierte Kriegspartei und gemeinsamer Feind aller ein.

Eine Kriegswende brachte im September 2015 die russische Militärintervention. Damit konterkarierte Moskau die letztmaligen gemeinsamen Anstrengungen von USA, Frankreich, Großbritannien, Katar, Saudi-Arabien und der Türkei zur Bildung schlagkräftiger Rebellenantennen. Mit Hilfe russischer Kampfflugzeuge und Militärberater sowie iranischer Stellvertretermilizen konnte die Regierung das von ihr kontrollierte Territorium sukzessive erweitern.

Zunächst sah es so aus, als ob Russland und die USA nun gemeinsame Friedensverhandlungen organisieren würden. Am 30. Oktober 2015 konstituierte sich die von beiden Mächten geführte International Syria Support Group, und am 18. Dezember wurde im Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 2254 verabschiedet, die einen Übergangsfahrplan aufstellte. Doch Russland, der Iran und die Regierungskräfte nutzten den Ausschluss terroristischer Gruppen dazu, während der laufenden Verhandlungen den Krieg auch gegen die Rebellen fortzusetzen. Denn als terroristisch klassifizierte Gruppen wie die al-Nusra-Front waren entweder mit gemäßigeren Rebel-

len verbündet oder agierten in räumlicher Nähe von diesen. Mit der Rückeroberung von Ost-Aleppo (Dezember 2016), Ost-Ghouta bei Damaskus (April 2018) und Daraa im Süden (Juli 2018) kontrollierte die Regierung wieder 58 % des Landes. Auf die PKK-nahen Kurden entfallen 25 %, auf die Türkei und die letzte Rebellenhochburg Idlib zusammen 11 %, auf den IS noch 6 %.

Mit dem im Januar 2017 angestoßenen Astana-Prozess wurde ein neues Verhandlungsformat eingeführt, an dem die USA nur noch als Beobachter teilnehmen. Russland, der Iran und die Türkei positionieren sich als Vermittler. Behandelt werden militärische Fragen, während sich der fortdauernde Genfer Friedensprozess unter dem Schirm der VN politischen Fragen widmet. Die Vereinbarung von vier „Deeskalationszonen“ führte zu partiellen Waffenstillständen, doch setzten Russland, der Iran und die Regierungskräfte selektiv die Bekämpfung von Rebellengruppen fort, auch unter Verletzung von Deeskalationsvereinbarungen.

Von Bedeutung war die neue Mächtekonstellation auch deshalb, weil ihr die Türkei angehört. Zur Umorientierung Ankaras hatten die Kurdenfrage sowie die zunehmenden Spannungen Ankaras mit dem Westen beigetragen. Russland möchte das NATO-Mitglied Türkei aus der westlichen Allianz herausbrechen. Der geopolitische Vordenker und Putin-Berater Alexander Dugin formulierte als Ziel einen „Mittleren Osten ohne westliche Präsenz“. Für dieses Projekt „brauchen wir die Türkei und Iran als Alliierte“.² Aufsehen erregte 2018 der Beschluss der türkischen Regierung, russische S-400-Flugabwehrsysteme zu kaufen. Mit Unterstützung Russlands und des Irans und in Abstimmung

mit den USA besetzte die Türkei von Januar bis März 2018 den zum kurdischen Selbstverwaltungsgebiet zählenden Distrikt Afrin in Nordwestsyrien. Zwar kann man noch nicht von einer Allianz der Türkei mit Russland und dem Iran sprechen, jedoch von einer Politik der Äquidistanz, die inzwischen von Erdoğan offen propagiert wird.³

Die Türkei verfolgt eine Politik der ÄQUIDISTANZ.

Derzeitige Lage

Mitte September 2018 stand die Offensive von Regierungskräften, Russland und dem Iran gegen die letzte Rebell Bastion Idlib bevor. Hilfsorganisationen warnten vor einer humanitären Katastrophe. Doch brachten Russland und die Türkei am 17. September eine Vereinbarung über eine entmilitarisierte Zone um Idlib zustande. Bis zum 10. Oktober sollten alle schweren Waffen abgezogen, bis zum 15. Oktober alle Rebellen das Gebiet verlassen haben. Die Vereinbarung bringt freilich nur einen Aufschub der Entscheidung. Denn die syrische Regierung drängt auf ein Niederkämpfen der letzten Rebellen, und diese haben keine weitere Rückzugsmöglichkeit. Zudem ist noch offen, ob sich die aus der dschihadistischen al-Nusra-Front hervorgegangene Organisation Hajat Tahrir al-Scham (HTS) an die Vereinbarung halten wird. Entweder wird es zu einem späteren Zeitpunkt zum Showdown kommen oder Idlib wird mit Rückende-

ckung des Westens und gegebenenfalls Russlands dem türkischen Besatzungsgebiet zugeschlagen werden. Diverse Rebellengruppen in Idlib sind mit Ankara verbündet, und türkische Soldaten stehen bereits zusammen mit russischen Militärpolizisten als Garantiemacht an den Grenzen der entmilitarisierten Zone.

Im Norden und Osten ist der IS weitgehend niedergekämpft – von der „Internationalen Allianz gegen den Islamischen Staat“, von den USA und verbündeten Kurden, aber auch von Russland, Iran und Regierungskräften. Doch man muss damit rechnen, dass sich IS-Reste im Untergrund neu formieren und zur verdeckten bzw. terroristischen Kriegsführung übergehen werden.

Es bleiben in Syrien folgende Akteure übrig, die jeweils bestimmte Zonen kontrollieren:

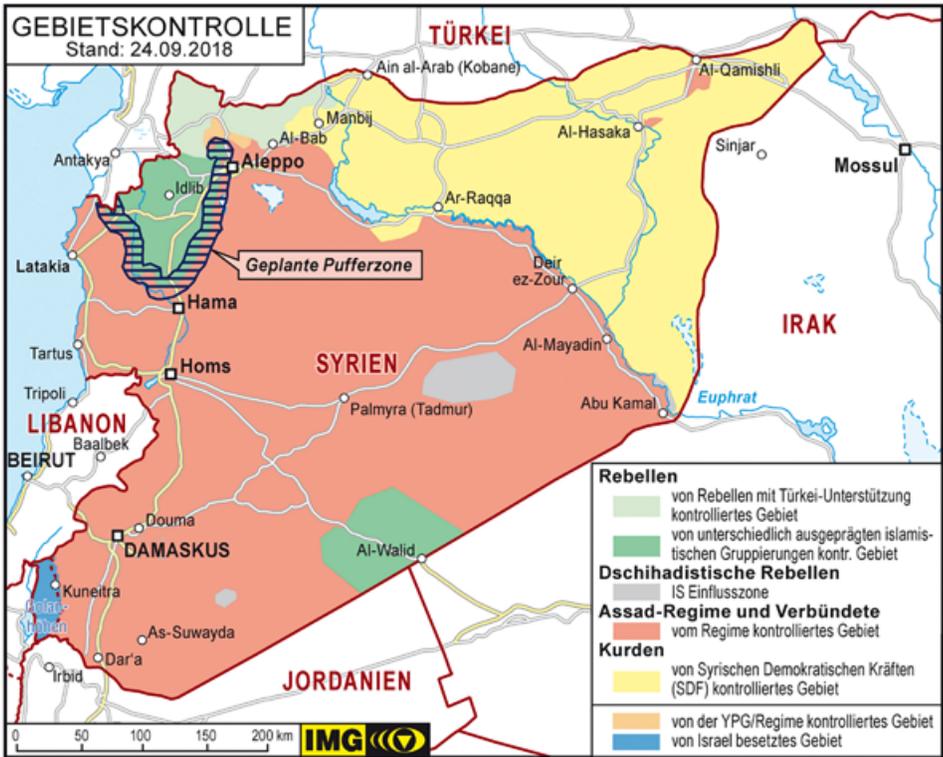
- Russland, syrische Regierung: Küstenprovinzen Latakia und Tartus; ca. 4.300 russische Soldaten; Marinebasis Tartus, Luftwaffenbasis Hmeimim, rund 20 weitere Positionen.
- Iran, syrische Regierung: Linie Daraa / Damaskus / Homs / Aleppo bis zum westlichen Euphratufer, möglicherweise bis zu 20.000 iranische Revolutionsgardisten und Soldaten mit ca. 60.000 schiitischen Milizionären unter ihrem Kommando; drei größere Stützpunkte in Azzan bei Aleppo, Homs (Luftwaffenbasis T4) und al-Kiswah südlich von Damaskus sowie sieben kleinere Basen; Iran dementiert freilich militärische Stützpunkte in Syrien und räumt nur Militärberater ein⁴.
- Türkei, FSA-Rebellen: von der türkisch / syrischen Grenze bis zum westlichen Euphrat-Ufer (Distrikte

Afrin, Dscharablus, Al Bab im Gouvernement Aleppo); Zahl türkischer Soldaten unbekannt; wichtige Stützpunkte Al-Bab, Al-Rai, Akhtarin und Dscharablus.

- USA, Frankreich und YPG-Kurden nebst arabischen und turkmenischen Milizen (zusammenfassend als Syrisch-Demokratische Kräfte (SDF) bezeichnet): vom östlichen Euphrat-Ufer bis zur syrisch / irakischen Grenze; 1.500-2.000 US-Soldaten und 100 französische Soldaten; zwei US-Luftwaffenbasen in Kharab Asheq und Rmeilan sowie acht weitere US-Basen⁵.
- USA, Großbritannien, Rebellengruppen: ein Gebiet in der syrischen Wüste nördlich des Länderdreiecks Syrien / Jordanien / Irak; Zahl der Soldaten unbekannt; im Zentrum die Militärbasis al-Tanf zuzüglich eines Gebiets im Radius von 55 Kilometern.

Die türkisch kontrollierte Zone soll die Entstehung eines kurdischen Staatswesens verhindern. Durch die Ansiedlung arabischer Flüchtlinge und die Flucht kurdischer Einwohner werden die demografischen Verhältnisse verändert. Neue Schulen werden gegründet, die Türkisch unterrichten und dem türkischen Erziehungsministerium unterstehen. Sehr aktiv ist in Nordwestsyrien auch die türkische Religionsbehörde Di-

In möglichen Ansprüchen der Türkei auf syrisches Gebiet liegen die WURZELN neuer Territorialkonflikte.



Quelle: Inhaltliche Aufbereitung: Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) / Österreichisches Bundesheer; Kartenerstellung: Institut für Militärisches Geowesen (IMG) / Österreichisches Bundesheer.

yanet, die Moscheen repariert und Imame entsendet. Erdogan deutet potenzielle Gebietsansprüche in Syrien und im Irak an. Er verkündete am 10. November 2016 zum Todestag von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk: „Wir werden nicht Gefangene auf 780.000 Quadratkilometern sein“⁶. Damit könnte sich ein künftiger Territorialkonflikt zwischen Syrien und der Türkei anbahnen.

Die US-amerikanisch / französische Einflusszone im Osten bildet einen Sperrriegel gegen Versuche des Irans, über Syrien einen Landkorridor zum Mittelmeer zu etablieren. Auch bietet sie Kurden Schutz vor einem Vordringen türkischer bzw. syrischer Militärs. Im Fall von Afrin leisteten die USA ihnen jedoch keinen Beistand, sondern tole-

rierten die türkische Invasion. In der Zone östlich des Euphrats befindet sich der Großteil der syrischen Ölvorkommen. Dies könnte die Regierung dazu verleiten, ihre Wiedereroberung zu versuchen. Doch haben die USA Ende 2017 bekräftigt, auch nach Niederkämpfung des IS die Unterstützung für die SDF aufrechtzuhalten. Anfang 2018 kündigte Washington an, 30.000 Mann „Grenzschutzkräfte“ in Ostsyrien aufzustellen, was sowohl die syrische wie auch die türkische Regierung verurteilte. Inzwischen hat US-Außenminister Rex Tillerson die Ankündigung wieder relativiert.

Der US-amerikanisch / britische Militärstützpunkt al-Tanf diente ursprünglich der Ausbildung von Rebellen sowie als Ausgangspunkt für die Bekämpfung

des IS. Als Bastion gegen eine iranische Präsenz in Südsyrien hätte er weiterhin Bedeutung, doch wird inzwischen auch über eine Räumung spekuliert. Frühere Gedankenspiele, das Gebiet zu einer bis zu den Golanhöhen reichenden US-amerikanisch / britisch / saudisch / israelischen Einflusszone auszuweiten, sind durch den Kriegsverlauf des Jahres 2018 obsolet geworden.

Saudi-Arabien und Katar sind in Syrien keine relevanten Akteure mehr. Zu den Astana-Verhandlungen wurden sie nicht eingeladen. Seit 2017 sind beide Staaten wegen ihrer unterschiedlichen Haltung gegenüber der Muslimbruderschaft und gegenüber dem Iran verfeindet, und Katar ist vollauf damit beschäftigt, das Embargo arabischer Golfstaaten zu unterlaufen. Saudi-Arabien konzentriert sich seit 2015 auf seine gegen den Iran gerichtete Militärintervention im Jemen. Auch sucht man, dem Erzfeind Iran zusammen mit den USA und Israel global entgegenzutreten. In Syrien hat sich Saudi-Arabien damit abgefunden, dass Assad an der Macht bleibt.⁷ Man will ihn jedoch mit dem Angebot von Wiederaufbauhilfe vom Iran abbringen. Außerdem unterstützt Riad die USA, Frankreich und die SDF östlich des Euphrats und bietet die Entsendung von Truppen an, gegebenenfalls als Ersatz für US-Truppen, deren Abzug von Präsident Trump angestrebt wird.⁸

Israel agiert aus dem Hintergrund. Die Regierung Netanjahu hielt sich lange im Syrien-Konflikt zurück und setzte auf einen möglichst lange dauernden Krieg mit größtmöglicher Schwächung aller syrischer Kriegsparteien. Denn sowohl ein vom Iran unterstützter Sieg Assads wie auch dessen Sturz durch radikalsunnitische Kräfte hätten Sicherheitsrisiken für Israel mit sich gebracht.

Als „rote Linie“ wurde die Weitergabe von High-Tech- oder Massenvernichtungswaffen an die in Syrien kämpfende Hisbollah betrachtet. Wenn dies drohte, griff Israel zu gezielten Luftschlägen. Den mit dem Syrien-Krieg verbundenen Aufmerksamkeitsverlust für den israelisch-palästinensischen Konflikt nutzte die Regierung Netanjahu dazu, die Siedlungspolitik in den besetzten palästinensischen Gebieten voranzutreiben und vollendete Tatsachen für eine oktroyierte Friedenslösung zu schaffen. Mit der Hilfe von US-Präsident Trump will man dieses Ziel nun erreichen.

Langfristige STABILITÄT braucht eine bevölkerungsgruppengerechte Friedensordnung.

Die auswärtigen Akteure bestimmen heute das Geschehen. Die politischen Bestrebungen der Syrer sind nur noch von zweitrangiger Bedeutung. Doch wird langfristige Stabilität nur durch eine allen Bevölkerungsgruppen Rechnung tragende Friedensordnung möglich sein.

Droht ein bewaffneter internationaler Konflikt?

Der Rückzug des IS schuf ein Vakuum, das unterschiedliche Akteure zu besetzen versuchten. So rückten im Februar 2017 von Norden türkische Soldaten und verbündete FSA-Rebellen auf die Stadt al-Bab vor, gleichzeitig von Westen kurdische und arabische SDF-Mili-

zen sowie US-Spezialkräfte, von Süden syrische Regierungskräfte, Hisbollah-Kämpfer und iranische Revolutionsgardisten. Es kam zu ersten Scharmützeln. Schließlich nahmen türkische Soldaten und ihre Verbündeten die Stadt ein.

Im Februar 2018 kündigte die Türkei an, in das östlich von al-Bab gelegene Manbidsch vorzurücken, wo neben SDF-Kräften auch US-Soldaten stationiert sind. Jedem, der sich den Türken in den Weg stellen würde, drohte Erdoğan eine „osmanische Ohrfeige“ an.⁹ Doch es kam zu einer Einigung. In Absprache mit Washington rückten türkische Einheiten von Afrin nach Osten vor, ohne aber Manbidsch einzunehmen. Am 18. Juni fand eine gemeinsame US-amerikanisch / türkische Patrouille an der Demarkationslinie statt. Gemäß dem syrisch-turkmenischen Journalisten Hüsnü Mahalli billigte die Türkei im Gegenzug den USA eine Einflusszone östlich des Euphrats zu, wo sie die 60.000 bis 80.000 Mann starken kurdischen Milizionäre einhegen sollen. Von der angekündigten türkischen Militäroffensive östlich des Euphrats war zunächst keine Rede mehr, nun spricht Erdogan wieder davon.¹⁰

Im Osten kam es bei der Wiedereroberung von IS-Territorium zu einem Wettlauf zwischen USA / SDF und Russland / Iran / syrische Regierung. Am 7. Februar 2018 griffen bei Khasham (Provinz Deir e-Zour) rund 500 Regierungssoldaten und private russische Militärdienstleister der „Gruppe Wagner“ eine SDF-Stellung an. US-Kampfflugzeuge, US-Hubschrauber und von US-Soldaten bediente Artilleriegeschütze töteten über 100 Angreifer, darunter eine größere Zahl Russen.¹¹ Inzwischen haben sich Russland und die USA über eine Respektierung der

Euphrat-Demarkationslinie verständigt.

Im Süden droht eine militärische Konfrontation zwischen Israel einerseits sowie iranischen Revolutionsgarden und Hisbollah-Kämpfern andererseits. Israel fürchtet, künftig vom Iran und der Hisbollah aus zwei Richtungen (Libanon und Südsyrien) in die Zange genommen zu werden. Am 10. Mai 2018 behauptete Israel, dass iranische Kräfte aus Syrien rund 20 Raketen auf die Golanhöhen abgefeuert hätten. Daraufhin wurden Dutzende angeblich iranische Militäranlagen im Süden Syriens von israelischen Kampfflugzeugen zerstört. Israel baut auf seine guten Beziehungen zu Russland, um ein befriedigendes Arrangement zu erreichen. Man ist anscheinend bereit, Regierungsoffensiven östlich der Golanhöhen zu tolerieren, sofern Russland durch Militärposten garantiert, dass weder iranische noch Hisbollah-Einheiten näher als 80 Kilometer an die Golan-Demarkationslinie heranrücken.¹² Israel fürchtet freilich, dass der Iran mittelfristig nach dem Vorbild des Libanons eine „nichtstaatliche“ antiisraelische Stellvertretermiliz in Südsyrien etabliert.

Wie sensibel die Lage ist und wie schnell sich zwischenstaatliche Konstellationen ändern können, dokumentiert der versehentliche Abschuss eines russischen Aufklärungsflugzeugs (15 getötete Soldaten) durch die syrische

In Syrien ist ein KAMPF aller auswärtigen Akteure um Einfluss und Gebiete entbrannt.

Luftabwehr am 18. September. Eigentliches Ziel waren in den syrischen Luftraum eingedrungene israelische Kampfflugzeuge gewesen. Zur massiven Verärgerung Israels beschloss Russland daraufhin, die syrische Armee unverzüglich mit dem modernen S-300-Luftabwehrsystem auszustatten. Moskau hatte die 2013 vereinbarte Lieferung jahrelang mit Rücksicht auf Israel zurückgehalten.

Im Fall einer Regierungsoffensive auf Idlib droht ein weiterer bewaffneter Konflikt zwischen auswärtigen Akteuren, denn die Regierung in Damaskus hat die Wiedereroberung des gesamten Staatsgebiets angekündigt. Einer sich anschließenden Operation zur Vertreibung der Türkei aus Afrin, Dscharablus und al-Bab könnten sich kurdische und arabische SDF-Kräfte anschließen. Wie auch im Fall von Idlib wird viel davon abhängen, ob die Astana-Partner Türkei, Russland und Iran einen Kompromiss finden, den die (faktisch abhängige) syrische Regierung mittragen müsste.

Wechselseitig vereinbarte Einflusszonen als Übergangslösung?

Es deutet sich eine Vierteilung Syriens an: eine russische und eine iranisch dominierte, jeweils von Assad regierte Zone, eine türkische kontrollierte Zone im Nordwesten sowie eine Einflusszone der USA östlich des Euphrats. Die beiden nicht von Assad regierten Zonen können verfolgten Bevölkerungsgruppen Zuflucht bieten. Es besteht jedoch auch die Gefahr, dass die jeweils herrschenden Kräfte die „Säuberung“ ihrer Zonen von unerwünschten Bevölkerungsgruppen fortsetzen werden. So wurde der syrischen Regierung und dem Iran vorgeworfen, Schiiten aus dem Ausland in Wohngebieten vertrie-

bener sunnitischer Einwohner anzusiedeln. Mit der Türkei verbündeten arabischen und turkmenischen Milizen wurde angelastet, Kurden in die Flucht geschlagen und sich deren Eigentum angeeignet zu haben. Auch die PKK-nahen Kurden wurden beschuldigt, arabische und turkmenische Einwohner vertrieben zu haben, um ein mehrheitlich kurdisch besiedeltes, territorial konsolidiertes Gebiet in Nordsyrien zu schaffen.

Die Schaffung von Einflusszonen könnte einen verlustreichen „Endkampf“ vermeiden und einen belastbaren Waffenstillstand herstellen. Damit wäre eine Voraussetzung für Friedensgespräche zwischen den syrischen Konfliktparteien geschaffen. Ein Vorteil wäre auch, dass die problematischste Streitfrage, nämlich „Bleibt Assad oder muss er gehen?“, erst einmal vertagt würde. Die übergangsweise Aufteilung

EINFLUSSZONEN könnten für einen dauerhaften Waffenstillstand sorgen.

Syriens und die (nach Möglichkeit freie) Wahl lokaler und regionaler Verwaltungen in der türkischen bzw. US-amerikanischen Einflusszone könnten als Vorbild für eine spätere Dezentralisierung bzw. Föderalisierung Syriens dienen.

Natürlich besteht die Gefahr, dass sich diese Aufteilung verstetigt und schließlich zur territorialen Desintegration Syriens führt. Ein Rezept für erfolg-

versprechende Konfliktlösung ist eine Landteilung nicht, denn auch nach massenweiser Flucht und Vertreibung sind noch keine exklusiven Gebiete für bestimmte Bevölkerungsgruppen entstanden. Außerdem schaffen neue Grenzen meist auch neue Probleme. Schließlich könnte sich der Sezessionsvirus in der Region ausbreiten. So würde ein unabhängiger kurdischer Staat in Nordsyrien gleichgerichtete Sezessionsbestrebungen im Irak, im Iran und in der Türkei anfachen.

Möglicherweise gerät nun der Friedensprozess wieder in Bewegung. Als Pendant zur „Astana-Gruppe“ (Russland, Iran, Türkei) hat sich eine „Kleine Gruppe“ (USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien) zusammengefunden. Es wurde eine Übereinkunft darüber erzielt, dass zeitnah ein 150-köpfiges Verfassungskomitee (ein Drittel Regierungsanhänger, ein Drittel Oppositionelle, ein Drittel Unabhängige) unter Führung der UNO zusammentreten sollen. Der UN-Gesandte für Syrien, Staffan de Mistura, kündigte freilich überraschend seinen Rücktritt zum November 2018 an.

Friedensverhandlungen wären dann besonders erfolgversprechend, wenn sich die beiden stärksten auswärtigen Mächte USA und Russland als Vermittler zusammentun, wie 2015 angedacht, aber nicht zu Ende geführt. Denn auch Russland dürfte kein Interesse daran haben, den Krieg bis zum bitteren Ende auszufechten und dabei bewaffnete Auseinandersetzungen mit den USA oder der Türkei zu riskieren. Die russischen Ressourcen sind begrenzt. Starke Verluste unter russischen Soldaten wären in der Heimat nicht populär. Für den Wiederaufbau Syriens werden hohe

Summen benötigt, die ohne Unterstützung des Westens nicht aufzutreiben sind. Schließlich dürfte Russland auch nicht daran interessiert sein, dass der derzeitige Partner Iran zu großen Einfluss erhält. Denn gerade wird auch ein Machtkampf zwischen Moskau, Teheran und Ankara um die Vormachtstellung im Nahen und Mittleren Osten ausgetragen.

Ohne den Iran wird eine Friedenslösung in Syrien aber nicht möglich sein. Mit allen auswärtigen Akteuren teilt er das Ziel der Stabilisierung Syriens und der Bekämpfung des Dschihadismus. Doch es ist fraglich, ob die USA bereit sein werden, den Iran als Partner für eine Friedenslösung in Syrien zu akzeptieren. Die am 18. Dezember 2017 verabschiedete „Nationale Sicherheitsstrategie“ der USA erhebt den Kampf gegen den Iran zur strategischen Priorität.¹³ Die Islamische Republik wird als „Schurkenstaat“ und „Förderer von Terrorismus“ bezeichnet, deren Einfluss weltweit zu bekämpfen ist. Mit der Aufkündigung des Nuklearabkommens und der Wiederinkraftsetzung umfassender Finanz- und Energiesanktionen startete Präsident Trump 2018 einen Wirtschaftskrieg gegen den Iran. Offenbar spekuliert er darauf, dass innere Unruhen zum Regimewechsel in Teheran führen. Es ist derzeit kaum vorstellbar, dass Trump bereit sein wird, seinen von Israel und Saudi-Arabien unterstützten

**Frieden und Stabilisierung in Syrien
sind ohne den **IRAN** nicht machbar.**

Kurs zu ändern und dem Iran in Syrien entgegenzukommen. Wahrscheinlich werden wir daher für längere Zeit einen durch Einflusszonen abgesicherten „frozen conflict“ in Syrien erleben. Wiederaufbau und teilweise Flüchtlingsrückkehr werden möglich sein, ein tragfähiges Friedensabkommen aber noch auf sich warten lassen. ///



/// DR. MARTIN PABST

ist Politikwissenschaftler und Leiter des Büros Forschung & Politikberatung, München.

Anmerkungen

- ¹ Die zur PKK-Familie gehörende Partei der Demokratischen Union (PYD) und ihr militärischer Arm, die Volksverteidigungseinheiten (YPG), repräsentieren radikallinke syrische Kurden. In dem von der PYD kontrollierten Territorium können sich konkurrierende kurdische Parteien nicht betätigen. Diese sind in der internen gewaltlosen Opposition (National Coordination Committee for Democratic Change) vertreten sowie in geringem Maß bei den Rebellen (Syrian National Coalition), da diese überwiegend als arabisch-nationalistisch gelten.
- ² Russia keen to see Turkey and US fight nationalist guru says, in: Bloomberg, 4.5.2018, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-05-04/russia-keen-to-see-turkey-and-u-s-fight-nationalist-guru-says>, Stand: 17.9.2018.
- ³ Turkish citizens saved dignity of democracy during 2016 coup attempt, Erdoğan says, in: Hurriyet Daily News, 15.7.2018, <http://www.hurriyetdailynews.com/turkish-citizens-saved-dignity-of-democracy-during-2016-coup-attempt-erdogan-says-134592>, Stand: 19.9.2018.
- ⁴ Bachner, Michael: Iran has 10 military bases in Syria, two near Israel border — analyst, in: Times of Israel, 19.2.2018, www.timesofisrael.com/iran-has-10-military-bases-in-syria-two-near-israel-border-analyst, Stand: 19.9.2018.
- ⁵ AA's map of US bases in Syria infuriates Pentagon, in: Orient News, 20.7.2017, https://www.orientnews.net/en/news_show/138956/0/AAs-map-of

US-bases-in-Syria-infuriates-Pentagon, Stand: 19.9.2018.

- ⁶ Erdoğan will Einfluss weit über türkische Grenzen ausweiten, in: Spiegel Online, 10.11.2016, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-recep-tayyip-erdogan-will-landesgrenzen-ausweiten-a-1120735.html>, Stand: 19.9.2018.
- ⁷ Saudi Crown Prince Says U.S. Troops Should Stay, in: Time, 18.3.2018, <http://time.com/5222746/saudi-crown-prince-donald-trump-syria>, Stand: 19.9.2018.
- ⁸ Syria: proposal to replace US troops with Arab force comes with grave risks, in: The Guardian, 15.7.2018, <http://www.hurriyetdailynews.com/turkish-citizens-saved-dignity-of-democracy-during-2016-coup-attempt-erdogan-says-134592>, Stand: 19.9.2018.
- ⁹ Bernath, Markus: USA und die Türkei: Ohrfeige statt Einvernehmen, in: Tagesspiegel, 15.2.2018, www.tagesspiegel.de/politik/amerikanischer-aussenminister-in-ankara-usa-und-die-tuerkei-ohrfeige-statt-einvernehmen/20968420.html, Stand: 19.9.2018.
- ¹⁰ USA erlauben Türkei Vormarsch in Nord-Syrien, in: Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 22.6.2018, deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2018/06/22/usa-erlauben-tuerkei-vormarsch-nord-syrien, Stand: 19.9.2018.
- ¹¹ How a 4-Hour Battle Between Russian Mercenaries and U.S. Commandos Unfolded in Syria, in: New York Times, 24.5.2018, www.nytimes.com/2018/05/24/world/middleeast/american-commandos-russian-mercenaries-syria.html, Stand: 19.9.2018.
- ¹² Peters, Dominik: Der Kampf ums Niemandsland, in: Spiegel Online, 9.7.2018, www.spiegel.de/politik/ausland/golan-israel-syrien-russland-und-iran-vor-der-offensive-a-1217371, Stand: 19.9.2018.
- ¹³ The White House: National Security Strategy, 18.12.2017, www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2017/12/NSS-Final-12-18-2017-0905.pdf, Stand: 19.9.2018.